

Protokoll:

Aus der Mitte des Ausschusses werden Änderungswünsche am Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses vorgebracht und folgende Änderungen werden abschließend vom Ausschuss festgelegt und entsprechend übernommen:

Seite 8 - Entwurf alt:

Zusammenfassend wurden bei den überwiegenden Vergaben - abgesehen von einigen geringfügigen Beanstandungen formaler Natur - keine gravierenden Mängel und auch keine Verstöße gegen das Vergaberecht festgestellt.

Neu - Endfassung:

Zusammenfassend wurden bei den überwiegenden Vergaben - abgesehen von einigen geringfügigen Beanstandungen formaler Natur - nur geringe Mängel - aber keine Verstöße gegen das Vergaberecht festgestellt.

Seite 9 - Entwurf alt:

Der Rechnungsprüfungsausschuss stellte erneut eine insgesamt gute Qualität der Vergaben fest und sprach sich zur Aufrechterhaltung des Niveaus dafür aus, die Fachämter und Eigenbetriebe auch in diesem Jahr auf folgenden Punkt hinzuweisen:

Neu - Endfassung:

Der Rechnungsprüfungsausschuss stellte - bis auf wenige Ausnahmen - erneut eine insgesamt gute Qualität der Vergaben fest und sprach sich zur Aufrechterhaltung des Niveaus dafür aus, die Fachämter und Eigenbetriebe auch in diesem Jahr auf folgenden Punkt hinzuweisen:

Die Budgetentwicklung und geplante Steuerungsmaßnahmen beim Ludwig-Museum (Punkt 2.5) wird aus der Mitte des Ausschusses angesprochen und nach dem derzeitigen Sachstand gefragt.

Der Amtsleiter des Rechnungsprüfungsamtes berichtet, dass am 10. Juni 2025 ein Gespräch mit der Museumsleiterin stattfinden solle. Der Dezernent habe diesbezüglich die Sachlage erkannt und wird zukünftig auf eine monatliche Budgetkontrolle achten.

Wie vom Rechnungsprüfungsausschuss angeregt, hat auch das Rechnungsprüfungsamt die Budgetentwicklung quartalsmäßig im Blick. Sollten im Laufe des Jahres erneut Verstöße festgestellt werden, werde die Museumsleiterin zur Ausschusssitzung eingeladen, um kritische Fragen zu beantworten. Dem Amt 10/Amt für Personal und Organisation ist dies bekannt; arbeitsrechtlich sei es jedoch eine herausfordernde Situation.

Abschließend fragt der stellvertretende Vorsitzende, ob zu Punkt 2.2 „Kostenbeteiligung der Landkreise an den Berufsbildenden Schulen“ bereits geprüft wurde, ob ein möglicher Eigenschaden entstanden sei; da aufgrund einer über Jahre ausgebliebenen Anpassung des Kostenbeitrags erhebliche Einnahmeverluste vorhanden seien.

Auf mehrmalige Nachfragen, so der Amtsleiter des Rechnungsprüfungsamtes, wurden alle Unterlagen vom Amt 40/Kultur- und Schulverwaltungsamt zusammengestellt und das Amt 10/Amt für Personal und Organisation führt gegenwärtig eine umfangreiche Prüfung durch, die seit etwa vier Wochen laufe. Sobald Ergebnisse vorliegen, wird der Ausschuss zeitnah informiert.

Aus dem Kreis des Ausschusses wird erneut darauf hingewiesen, dass dieser Angelegenheit weitergehend Beachtung geschenkt werden müsse. Ebenfalls solle die Thematik in der Rede des Ausschussvorsitzenden im Stadtrat erwähnt werden.

Abschließend wird der vorliegende Schlussbericht mit den vorgetragenen Ergänzungen einstimmig vom Rechnungsprüfungsausschuss angenommen.